

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz Posen  
bei unseren Agenturen, ferner bei  
den Annoncen-Expeditionen  
H. Mosse,  
Hansen & Vogler A.-G.,  
G. F. Daube & Co.,  
Invalidendank.

Verantwortlicher Redakteur:  
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde  
von 9-11 Uhr Vorm.

Abend-Ausgabe.

# Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz Posen  
bei unseren Agenturen, ferner bei  
den Annoncen-Expeditionen  
H. Mosse,  
Hansen & Vogler A.-G.,  
G. F. Daube & Co.,  
Invalidendank.  
Verantwortlich für den Inseraten-  
theil:  
W. Braun in Posen.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 100.

Nr. 794

Dienstag, 12. November.

1895

## Deutschland.

**Δ Berlin, 11. Nov.** [Zum Fall Zastrow.] In Bezug auf den Fall Zastrow wird „abgewinkt.“ Man weiß einstweilen nicht, ob das aus dem Kultusministerium oder aus der Universität geschieht. Das Letztere ist das Wahrscheinlichere. Die gehäufte Versuche, die philosophische Fakultät zum Einschreiten gegen mißliebige Dozenten zu bringen, werden die Fakultät hoffentlich nicht müde machen, aber es wäre begreiflich, wenn es vorgezogen würde, diese Dinge so wenig sensationell wie nur möglich zu behandeln. Auf die Absicht der Beschwichtigung kommt es hinaus, wenn jetzt berichtet wird, der Minister habe nicht sowohl die Disziplinaruntersuchung beantragt als vielmehr nur angefragt, ob die Fakultät von der Verurteilung Zastrows Kenntnis genommen, und was sie daraufhin, in Ausübung ihrer Disziplinaraufsicht, gethan habe. Ein Unterschied zwischen dieser und der ursprünglichen Version (vorausgesetzt, daß sich die neue Angabe bestätigt) ist allerdings da. Die Fakultät könnte antworten, sie habe nichts in der Sache gethan, weil sie es nicht für erforderlich gehalten. Sie könnte vielleicht auch entgegenkommen und erwidern, daß sie Herrn Zastrow noch nachträglich eine Rüge erteilen werde. Sie würde die Verzögerung ihrer Maßnahmen allenfalls damit erklären können, daß bisher abgewartet worden ist, ob Herr Zastrow seine über den Handelsminister aufgestellten Behauptungen durch persönliche Entschuldigung beim Minister ungeschehen machen wolle. Der Versuch, die Angelegenheit auf diese Weise aus der Welt zu schaffen, ist thatsächlich gemacht worden, aber es scheint, als ob Zastrow sich zu der ihm zugemutheten Bitte um Vergebung nicht habe verstehen wollen. Lehnt die Fakultät die Ertheilung einer Rüge ab, so dürfte man doch wohl Grund zu der Befürchtung haben, daß der Kultusminister alsdann auf den Plan zurückkommt, die Beaufsichtigung der Privatdozenten, die jetzt den Fakultäten allein zusteht, zum Theil an sich zu nehmen. Der Fall Zastrow bleibt also trotz der versuchten Abschwächung seiner Bedeutung ein Gegenstand ernster Besürchtungen.

**L. C.** Dem Bundesrath lag in seiner letzten Sitzung das Margarinegesetz vor. Dasselbe führt den Titel: Gesetz betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmittel.

**L. C.** Die „N. A. Z.“ bemerkt zu ihrem Erstaunen, daß die „Köln. Volksztg.“ das Schreiben des künftigen Vizepräsidenten Frankenberg in Reinerz, welches einem „armen unterstützungsbedürftigen Weber“ aus dem für diese bestimmten Fonds die Unterstützung versagte, weil derselbe als zu den Führern des dortigen sozialistischen Arbeitervereins gehörig bezeichnet sei, mit der Glosse versehen habe: „Ob man auf diese Weise wohl viele Sozialdemokraten bekehren wird?“ Die „Norddeutsche“ erinnert den „gedankenlosen“ Kritiker an die Thatsache, daß eine Anzahl von sozialdemokratischen Theilnehmern an dem Feldzug von 1870/71 den ihnen von patriotischen Kommunen oder Vereinen überwiesenen Ehrensold an die sozialdemokratische Parteikasse abgeführt habe. Diese Rechtfertigung des Vorgehens des Vizepräsidenten wird schwerlich irgend Jemanden überzeugen. Der „Vorwärts“ theilt übrigens triumphirend mit, daß der sozialdemokratische Parteivorstand aus dem Unterstützungsfonds dem 70jährigen Genossen Aug. Rittinger in Steinsefersdorf i. Schl. — das ist der zurückgewiesene Petent — die Mittel zur Verbesserung des Webstuhles seiner Tochter überwiesen habe.

Die Abschaffung der ersten Wagenklasse bei den Personenzügen erregt die königliche Eisenbahndirektion Breslau. Sie hat an die Betriebsinspektionen eine Verfügung erlassen, in der sie anordnet, daß die erste Wagenklasse wegen der sehr geringen Benutzung im Interesse der Wirtschaftlichkeit des Eisenbahnbetriebes, soweit irgend angängig, aus den Personenzügen ausgeschlossen werden soll.

Die Konferenz über Reichsversicherung im Reichsamt des Innern ist am Sonnabend geschlossen worden. Am Freitag Nachmittag und am Sonnabend diskutirte man insbesondere die Vorschläge des Präsidenten Bödiker, wobei die Ansichten sehr scharf auseinander gingen. Abstimmungen finden bekanntlich in der Konferenz nicht statt.

Die „Breslauer Morgenzeitung“ macht darauf aufmerksam, daß der für Dortmund bei der Stichwahl in den Reichstag gewählte Sozialdemokrat Dr. Sütgenau wahrscheinlich nur durch einen Zufall der sofortigen Wiederaberkennung seines Mandats entgangen ist. Am Dienstag wurde er für Dortmund-Hoerde gewählt, am Freitag wegen Majestätsbeleidigung zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt hätte vor der gerichtlichen Verhandlung bereits die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses vorgelegen, wäre also Sütgenau bereits in aller Form Reichstagsabgeordneter gewesen, so würde der Vertreter der Anklagebehörde kaum unterlassen haben, den Antrag auf Aberkennung des Reichstagsmandats zu stellen. Der von der Majestätsbeleidigung handelnde § 95 des Strafgesetzbuches sagt nämlich nicht nur: „Wer den Kaiser, seinen Vizepräsidenten oder während seines Aufenthaltes in einem Bundesstaate dessen Landesherren beleidigt, wird mit Gefängnis nicht unter zwei Monaten oder mit Festungshaft von zwei

Monaten bis zu fünf Jahren bestraft“, sondern bestimmt ferner: „Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.“

Wie dem „Hann. Kur.“ aus Berlin mitgetheilt wird, dürfte demnächst die bereits angekündigte Verordnung erscheinen, die den Seminarabiturienten mit dem Bestehen der Abgangsprüfung das Recht als Einjährig-Freiwillige zu dienen verleiht.

Wegen Majestätsbeleidigung ist der „Volksztg.“ zufolge gegen den sozialdemokratischen „Volksfreund“ in Stettin Anklage erhoben worden, weil er in seinem Bericht über den „Prozeß Dierl“ einen Passus aus der Anklageschrift, betreffend den Artikel „Sedan und kein Ende“ wiedergegeben hatte. Der Angeklagte Dierl ist gerade wegen des Artikels „Sedan und kein Ende“ freigesprochen worden.

Aus der Pfalz. 8. Nov. Im Frühjahr erregte ein Erlaß des Bezirksamts in Neustadt a. d. Haardt Aufsehen, theilweise auch Heiterkeit. Nach diesem Erlaße dürften „Frauenspersonen“ an den geselligen Arrangements des Parteitages der süddeutschen freisinnigen Volkspartei und an einem Ausfluge nach dem verpönten Hambacher Schloß (Maxburg) nicht Theil nehmen. Auf Beschwerde in Speyer annullirte die Kreisregierung den Erlaß des tgl. Bezirksamts Neustadt und die „Frauenspersonen“ konnten ungehindert den geselligen Theil des Programms des Parteitages mitmachen. In den Toasten von Albert Trägers, Prof. Stengel (Marburg) u. i. w. spielten alsdann diese „Frauenspersonen“ zur Erheiterung der Zuhörer eine große Rolle. Nun sollte man glauben, daß das genannte Bezirksamt genügend über die Bestimmungen des bayerischen Vereinsrechts informiert sei und die Theilnahme von „Frauenspersonen“ an „politischen“ Geselligkeits-Arrangements nicht mehr hindern werde. Wer dies erwartete, sieht sich enttäuscht. Dasselbe Bezirksamt verbot kürzlich auch die Theilnahme von „Frauenspersonen“ an einer — Tanzunterhaltung des sozialdemokratischen Gesangsvereins „Vereinfreiheit“ in dem kleinen Tuchfabrikbäckchen Lambricht im Neustädter Thale. Der Verein führte Beschwerde in Speyer und abermals entschied die Kreisregierung im Sinne des Beschwerdeführers. Die „Frauenspersonen“ wurden zur Tanzunterhaltung zugelassen, nur durften keine politischen Ansprachen gehalten werden.

## Aus dem Gerichtssaal.

**○ Lissa i. P., 7. Nov.** In der gestrigen Sitzung der hiesigen Strafkammer hatte sich der Strumpfwirker Paul Weselowski aus Kosten wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Der Briefträger Briefe zu Kosten hatte am 30. Sept. cr. an die Wittve Slowak in Kosten eine Postanweisung über 15 Mark auszugeben. Die Sl. hatte dem Briefträger einige Tage vorher mitgetheilt, daß sie vom 1. Oktober ab in dem Dubstischen Hause wohnen werde. Als B. am genannten Tage in das Dubstische Haus kam und nach der Sl. fragte, kam ihm ein junger Mensch entgegen, der sich als der Sohn der Wittve Sl. ausgab und gegen die übliche Quittung das Geld in Empfang nahm. Der Briefträger wußte, daß die Sl. einen Sohn hatte und schenkte in Folge dessen den Aussagen dieses jungen Mannes Glauben und handigte ihm das Geld aus. Am 2. Okt. meldete sich die Sl. bei dem Briefträger und verlangte die Auszahlung des Geldes. Es gelang B. darauf, den Angeklagten als den Empfänger des Geldes festzustellen. Die Strafkammer verurtheilte den Weselowski, der übrigens schon mehrfach wegen Diebstahls verurtheilt ist, wegen Urkundenfälschung und Betruges, befangen durch ein und dieselbe Handlung, zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre. — Sodann hatte sich der Arbeiter Rodzyski aus Kleczewo wegen Diebstahls zu verantworten. Er kam in der Nacht vom 2. zum 3. Okt. cr. auf dem Wege nach Kolorzyn bei dem Hause des Kaufmanns Meyer in Kosten vorüber und sah, daß der Thoreingang nach dem Hofe zu offen stand. Er ging auf den Hof zu dem Getreidepelzer, dessen Thür zufällig nicht verschlossen war, und stahl ca. einen Centner Roggen. Kaufmann M. war durch das Geräusch munter geworden und gerade als R. sich mit dem Roggen entfernen wollte, sagte M. den Dieb ab. R., der schon vier Mal wegen Diebstahls verurtheilt ist, wurde gefänglich in die Strafkammer verurtheilt und wegen einfachen Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten.

**\* Mülhausen i. El., 8. Nov.** Das Schwurgericht hat von gestern früh bis heute Morgen 3 1/2 Uhr schwere Sitzung gehalten, um über einen Fall zu entscheiden, der in weiten Kreisen Aufsehen erregt und dessen Urtheil namentlich die katholische Geistlichkeit mit begreiflicher Spannung erwartet hatte. Auf der Anklagebank saß der katholische Pfarrer Burk, früher beamtet in Niedermagstatt, zuletzt in Langenau (Kanton Zürich) beauftragt des Meineids und des Diebstahls. Der Thatbestand ist in Kürze folgender: Am 16. Oktober 1893 starb in Niedermagstatt der Ackerer F. J. Bilger, ein angesehenes Vermögen hinterlassend. Im Nachlaß fehlten drei Suez-Obligationen. Es wurde deshalb Untersuchung angeordnet, in deren Verlauf auch Burk, als in der Testamentsaffäre mitbetheiligt, eidlich vernommen wurde. Er stellte auf das Entschiedenste in Abrede, von diesen Obligationen etwas zu wissen. Die Nachforschungen wurden fortgesetzt und sie ergaben, daß der Angeklagte im Frühjahr 94 die vermischten Obligationen nach Paris geschickt und dort zum Verkauf abgethan hatte. Da hiernach anzunehmen war, daß Burk sich die Werthpapiere rechtswidrig angeeignet und den Eid wissenschaftlich geschworen habe, wurde er in Langenau verhaftet und hierher ausgeliefert. In der Verhandlung führte er zu seiner Vertheidigung, die Obligationen vom Erblasse erhalten zu haben zu einem Zweck, den er des Verheimlichens wegen nicht näher bezeichnen dürfe. Die Sachverständigen, darunter der bishöfl. Sekretär Joder, sagten aus, daß Burk, wenn ihm das Geld unter dem Verheimlichungseluvertur worden, nichts davon sagen dürfte

und dürfe. Der Staatsanwalt hielt die Anklage aufrecht und führt u. A. aus: Wir leben nicht in einem Kirchenstaat, sondern im Deutschen Reich, dessen bürgerliches Gesetzbuch solche Prinzipien nicht anerkennt. Sonst könnten sich ja die kathol. Geistlichen alles erlauben, ohne daß sie zu fassen wären, indem sie jedesmal hinter dem Verheimlichnis verhielten. Ein Geistlicher könnte dann überhaupt nie zum Tode im Gerichtssaal herangezogen werden, wenn er unter dem Schutz des Verheimlichens seinen Verheimlichnis, obgleich er etwas von der Sache weiß. Die Geschworenen erkannten auf Schuldig und demgemäß verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten wegen Meineids zu 15 Monaten Gefängnis. Von der Anklage des Diebstahls wurde er freigesprochen. Burk soll beaufsichtigen, gegen das Urtheil Revision einzulegen.

## Kotales.

Posen, 12. November.

**d. Todesfall.** Heute Nacht 12 1/2 Uhr ist der Domherr K. u. b. o. m. c. im Alter von 54 Jahren gestorben.

**n. Eine verforzte Flasche** wurde vor drei Tagen unterhalb Schillingshof in der Warthe aufgefunden; in der Flasche fand sich eine Visitenkarte vor mit dem Namen August Schlettgen, Rathenow, und den mit Bleistift geschriebenen Worten: „Kinder vergeßt mir diesen Schritt, die Liebe hat mich so weit gebracht.“ Vermuthlich ist dieser Fund als das letzte Lebenszeichen eines Selbstmörders anzusehen.

**n. Prügeleien.** Eine Schlägerei entstand gestern auf der St. Martinstrasse zwischen einem Kaufmann und einem Konditor, wobei letzterer durch einen Stoß eine Verletzung am Auge erlitt, so daß er sich im Stadtlazareth verbinden lassen mußte. — Auf dem Alten Markte geriet eine Maurersfrau mit einer Höfnerin in Streit, über — zum größten Gaudium der Zuschauer — in Thätlichkeiten ausartete. Die beiden streitbaren Frauen sollen sich tüchtig verprügelt haben.

**n. Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet wurden ein Bettler, 4 Personen wegen Verübung ruhestörender Lärms, ein Schuamacher wegen Diebstahls, 1 Kollakthier wegen Mißthaltung seines Wagens und 2 Dirnen. — Gefunden 1 Krankenfassenbuch, 1 schwarzer Schirm, 1 Handbelen und 1 Vincenez. — Verloren 4 Portemonnaies mit 19 bzw. 15 — 27 und 280 Mark Inhalt, ein Belztragen, eine Altersversicherungskarte, eine goldene Brosche in Form eines Käfers, ein Hundemaulkorb und ein Vincenez.

## Aus den Nachbargebieten der Provinz.

**\* Breslau, 11. Nov.** [Der Gefängnisverein für Schlesien und Posen] hat am Donnerstag in Breslau seine 16. ordentliche Versammlung abgehalten, die namentlich von auswärtigen Vereinsmitgliedern sehr gut besucht war. Alsdann erstattete der Strafanstaltspastor Winkler aus Breslau den Geschäfts- und Kasienbericht für 1894/95. Demselben ist u. a. zu entnehmen, daß der Minister des Innern die Erlaubnis zur Entsendung von Strafanstalts-Oberbeamten zu den Verhandlungen auf für dieses Jahr wieder erteilt hat und daß auf Veranlassung des Ober-Staatsanwalts Beamte der Gerichtsgewalt in Oppeln, Posen, Oels und Beuthen d. Schl. der Versammlung beizuwohnen. Hierauf erhielt Strafanstalts-Direktor Wüthner das Wort zu seinem höchst interessanten Referat über die „Geschichtliche Entwicklung des Gefängniswesens in Breslau.“ Die aus-schließenden Vorstandsmitglieder, Senatspräsident Leske und Pastor Winkler, wurden durch Juras wiedergewählt. An Stelle des als Verwaltungsgerichts-Direktor nach Bromberg verlegten, um den Verein hochverdienten Regierungsrathes Jand soll der Vorstand ein Mitglied cooptiren. Als Ort der nächsten Versammlung wurde wieder Breslau bestimmt.

**\* Göbau i. S., 11. Nov.** [Wichtigere Umstände mit Schießwaffen.] Der Förster Kiedel vom Rittergute Nieder-Hermsdorf bei Göbau i. S. hatte sein Jagdgewehr, in dem sich eine Patrone (Verlager) befand, hinter die Thür eines Gemüths gestellt. Am Sonnabend sollte eine größere Jagd abgehalten werden. Eine Anzahl Jagdgäste war schon am frühen Morgen eingetroffen und sah eben beim Frühstück, als plötzlich ein Schuß fiel. Als man an das Fenster eilte, um zu konstatiren, wer geschossen habe, sah man zwei Kinder in ihrem Blute am Boden liegen. Der 12jährige Sohn des Försters hatte das verbotene Gewehr entlockt, mit demselben gespielt und hierbei hatte sich die mit Schrot geladene Waffe entladen. Der Knabe Lorenz, Sohn eines Arbeiters, war, durch Sitte und Auge getroffen, sofort todt, während dem Knaben Fiedler, einer Waise, der Ober- und Unterleier zertrümmert und das linke Auge ausgepfiffen wurde; man brachte das schwerverletzte Kind in das Krankenhaus. Der verzweifelte Förster stellte sich freiwillig dem Amtsgericht, wurde aber wieder entlassen.

## Angelommene Fremde.

Posen, 12. November.

Hotel de Rome. — F. Westphal. [Fernsprech-Anschluß Nr. 103.] Gutsbesitzer Schulze a. Dufschütz, Bandwirth Börner a. Berlin u. die Kaufleute Adeler, Bergas u. Cohn a. Berlin, Briefe u. Arnold a. Pöhlitz, Sternberg, Danziger, Wenz, Neugebauer u. Wiedert a. Breslau, Victor a. Bremen, Gleich a. München, Baumann aus Mannheim, Horn a. Bernau, Siegert a. Murr. Götlin, Wänsch a. Grünberg, Pappenheim a. Amsterdam, Koch a. Kaiserlautern, Seibler a. Paris, Eigseher a. Chaux de fondz u. Ostermann a. Nierlich.

Mylius Hotel de Dresse (Fritz Bremer). [Fernsprech-Anschluß Nr. 16.] General-Kommissions-Präsident Bentner a. Bromberg, Landrath v. Daniels u. Frau a. Neumünster, die Rittergutsbesitzer Jounne a. Maltitz, Frau v. Gantelmann a. Baborowk u. von Kollard a. Gorn, Fabrikbesitzer Kommit a. Neustadt b. Pöhlitz, Offizier v. Colé a. Flensburg, die Rechtsanwälte Munt u. Turl a. Berlin, Hofopernsänger Rothmühl a. Stuttgart, Frau Wandelin



Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder u. Co. (H. Köstel) in Kosen.